



In diesem Dokument sind Empfehlungen des aus 50 Bürgerinnen und Bürgern zusammengesetzten nationalen Bürgerforums aufgeführt, das unter der Schirmherrschaft der stellvertretenden Ministerpräsidentin und Ministerin für auswärtige und europäische Angelegenheiten Sophie Wilmès als Beitrag der belgischen föderalen Regierung zur Konferenz zur Zukunft Europas veranstaltet wurde. Das Thema dieses Forums lautete „Wie können die Bürgerinnen und Bürger enger in die europäische Demokratie einbezogen werden“. Es steht außer Frage, dass sich die Konferenz mit viel mehr als nur EU-Angelegenheiten befasst, doch gibt es im Dokument zahlreiche ausdrückliche Verweise auf die EU und ihre Organe, was auch beim Thema des Forums zum Ausdruck kommt. Wo dies angebracht schien, wurde der allgemeine Begriff „Europa“ verwendet.

Um sämtliche Beiträge der Bürgerinnen und Bürger zu berücksichtigen, sind in diesem Bericht alle Empfehlungen aufgeführt, einschließlich derjenigen, die bei der abschließenden Abstimmung über alle Empfehlungen keine einfache Mehrheit erhalten haben. Letztere sind leicht erkennbar, da die betreffenden Prozentangaben in **Rot und Fettdruck** gesetzt wurden. Außerdem stehen einige Empfehlungen im Widerspruch zueinander; bei ihnen gelangten die Bürgerinnen und Bürger selbst in der abschließenden Diskussionsrunde zu keinem eindeutigen Ergebnis. Diese Empfehlungen sind durch *Kursivschrift* gekennzeichnet. Bei einer Empfehlung waren die Meinungen so eindeutig zweigeteilt, dass die Abstimmung unentschieden endete, was im Dokument mit **Orange und Fettdruck** kenntlich gemacht wurde. Die Bürgerinnen und Bürger weisen darauf hin, dass es zu den Empfehlungen unterschiedliche Ansichten gab. Sie schlagen daher vor, dass die Gremien der Konferenz zur Zukunft Europas und die EU-Organe bei der Umsetzung dieser Empfehlungen mit Bedacht vorgehen, da die Abstimmungen gezeigt haben, dass eine gewisse Uneinigkeit besteht.

## 1. Kommunikation

Problemstellungen	Empfehlungen	Zustimmung (in %)
1. Die Kommunikation über die EU ist nicht zufriedenstellend.	1.1 Wir schlagen vor, Unterrichtseinheiten zum Thema Europäische Union ab der dritten Klassenstufe der Primärschule in die Lehrpläne aufzunehmen. Das Ziel besteht darin, die gesamte Bevölkerung zu erreichen und das Wissen über die Europäische Union zu verbessern.	88,4 %
	1.2 Die Europäische Union und insbesondere die Kommission sollten den Bildungsministerien der Mitgliedstaaten didaktisches Material zur Funktionsweise Europas zur Verfügung stellen. Dieses sollte neben einer Erläuterung der Arbeitsweise, der Zusammensetzung und der Befugnisse der Organe auch einen kurzen Überblick über die Geschichte der europäischen Integration enthalten. Besonderes Augenmerk sollte auf die Verwendung einer klaren, verständlichen und zugänglichen Sprache sowie auf Lehrmittel wie Dokumentarfilme, Videoclips oder Schulfernsehprogramme in allen 24 Sprachen gelegt werden.	95,0 %

2. Das europäische Projekt ist den Bürgerinnen und Bürgern nach wie vor fremd.	2.1 Wir schlagen vor, dass die europäischen Organe dafür sorgen, dass im Rahmen ihrer Kommunikation besser erklärt wird, was in den Zuständigkeitsbereich der EU fällt, aber auch wofür sie nicht zuständig ist.	97,6 %
	2.2 Die Europäische Union sollte bei ihrer Kommunikation auf bekannte Beispiele aus dem Alltag der Europäerinnen und Europäer zurückgreifen. Die entsprechenden Erläuterungen sollten in den Mitgliedstaaten auf der Grundlage von Vereinbarungen zwischen den europäischen Organen und den nationalen öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern verbreitet werden, um ein breites Publikum zu erreichen.	80,5 %
	2.3 Darüber hinaus sollten die Bürgerinnen und Bürger aller Mitgliedstaaten regelmäßig über die Rolle der Europäischen Union in den anderen Mitgliedstaaten informiert werden, z. B. durch Videoclips. Damit könnten in den Debatten über die Zukunft Europas die Vor- und Nachteile Europas besser vergleichend bewertet werden.	85,7 %
	2.4 Zur Stärkung der europäischen Identität schlagen wir vor, Informationen darüber bereitzustellen, wie das Leben der Europäerinnen und Europäer ohne die EU und ihre konkreten Errungenschaften aussehen würde, und diese Informationen regelmäßig zu verbreiten.	92,7 %
	2.5 Zudem schlagen wir vor, den Europatag (9. Mai) zu einem europäischen Feiertag für alle Bürgerinnen und Bürger der EU zu erklären.	81,4 %
	2.6 Wir empfehlen den europäischen Organen, sich noch stärker der Vereinfachung, Verständlichkeit und Zugänglichkeit von Informationen über vorrangige Themen, die auf europäischer Ebene behandelt werden, zu widmen.	97,6 %
	2.7 Wir empfehlen der Europäischen Union, ein Dashboard einzurichten, das die von der EU den einzelnen Ländern zugewiesenen Ressourcen aufzeigt, die vorrangige Themen betreffen. Diese Informationen sollten auf EU-Websites verfügbar sein.	93,0 %
	2.8 Wir empfehlen der EU eine klare Darstellung der laufenden gesetzgeberischen Tätigkeiten. Diese Informationen sollten auf EU-Websites verfügbar sein.	90,7 %

	2.9 Wir möchten, dass die Europäerinnen und Europäer leichteren Zugang zu den EU-Organen haben. Ihre Teilnahme an Debatten auf den Tagungen des Europäischen Parlaments sollte erleichtert werden.	79,0 %
	2.10 Wir empfehlen, die Teilnahme am Erasmus-Programm auf alle Studierenden unabhängig von ihrem Bildungsweg (berufliche und technische Ausbildung, berufsbegleitendes Studium) auszuweiten. Alle sollten an europäischen Austauschprogrammen teilnehmen können.	79,5 %
	2.11 Wir empfehlen, dass Berufstätige unabhängig von ihrem Tätigkeitsbereich in den Genuss europäischer Austauschprogramme kommen sollten, auch wenn sie in der lokalen Wirtschaft beschäftigt sind. Alle sollten an europäischen Austauschprogrammen teilnehmen können.	83,7 %
	2.12 Wir empfehlen, Kurse zur europäischen Bürgerschaft für alle europäischen Bürgerinnen und Bürger anzubieten.	83,7 %

<p>3. Die europäischen Rechtsvorschriften werden nicht in allen Mitgliedstaaten in gleicher Weise angewandt.</p>	<p>3.1 Wir empfehlen, dass die Europäische Union häufiger auf Rechtsvorschriften zurückgreift, die in den Mitgliedstaaten unmittelbar anwendbar sind. Dies würde bei der Umsetzung der europäischen Rechtsvorschriften die nationalen Unterschiede, die das europäische Projekt untergraben, verringern. Dadurch wäre die EU besser in der Lage, die Integrität von Errungenschaften wie Binnenmarkt, Euro und Schengen-Raum zu schützen und zu fördern.</p>	<p>81,4 %</p>
<p>4. Die europäische Demokratie ist bedroht.</p>	<p>4.1 Wir empfehlen, dass bei der Kommunikation der EU über die europäische Demokratie ständig und unmissverständlich daran erinnert wird, was Europa für die Europäerinnen und Europäer bedeutet.</p>	<p>78,0 %</p>
	<p>4.2 Die Werte und Grundsätze der EU-Verträge, zu denen sich die Mitgliedstaaten bei ihrem Beitritt bekannt haben, sind unabänderlich. Ihr Schutz muss weiterhin sichergestellt werden.</p>	<p>81,0 %</p>
	<p>4.3 Der Schutz der Werte und Grundsätze der Verträge wird vom Europäischen Gerichtshof gewährleistet und kann nicht von Mitgliedstaaten in Frage gestellt werden.</p>	<p>81,0 %</p>
<p>5. Informationen über die EU sind nicht leicht zugänglich und verständlich.</p>	<p>5.1 Wir empfehlen, bei europäischen Themen die Faktenprüfung zu verstärken. Die betreffenden Informationen, die von den Organen überprüft und verbreitet werden, sollten für die europäische Öffentlichkeit und die nationalen Medien in jedem Mitgliedstaat leicht zugänglich sein.</p>	<p>83,3 %</p>
<p>6. Die nationalen Medien vermitteln oft ein negatives Bild von der EU.</p>	<p>6.1 Die EU muss auch im Alltag der Europäerinnen und Europäer präsenter sein, indem sie proaktiver kommuniziert. (Beispielsweise durch Sponsoring von Veranstaltungen, insbesondere kulturellen Veranstaltungen, die Bürgerinnen und Bürger zusammenführen und sie stolz darauf machen, Bürgerinnen und Bürger der EU zu sein. Zudem wäre es möglich, mit Berichten und Teasern den Europäerinnen und Europäern Zugang zu kontextualisierten Informationen über die EU anzubieten).</p>	<p>85,7 %</p>

7. Die Bürgerinnen und Bürger kennen nicht die Personen, von denen sie im Europäischen Parlament vertreten werden.	7.1 Wir empfehlen den Mitgliedern des Europäischen Parlaments, dafür zu sorgen, dass sie in ihren Heimatländern, insbesondere außerhalb von Wahlzeiten, einen höheren Bekanntheitsgrad erlangen. Sie müssen leichter zugänglich sein. Für die europäischen Bürgerinnen und Bürger sollte es leichter möglich sein, sich auf der Website des Europäischen Parlaments über die Gründe für das Abstimmungsverhalten der Mitglieder im Parlament zu informieren.	92,7 %
	7.2 Wir empfehlen den nationalen politischen Parteien, dafür zu sorgen, dass auch jüngere Kandidatinnen und Kandidaten in ihre Listen für die Wahlen zum Europäischen Parlament aufgenommen werden. Das sich daraus ergebende Mandat sollte nicht als Belohnung für gute Leistungen und Loyalität in der nationalen Politik angesehen werden.	74,4 %
8. Die Kommunikation über die EU ist zu gleichförmig; sie trägt nicht der Vielfalt der Bevölkerung Rechnung.	8.1 Damit die Kommunikation der EU ein hinreichend <u>breites und vielfältiges Publikum</u> erreicht, empfehlen wir, dass ab der Konzeptionsphase das Bildungsniveau der Zielgruppen und deren etwaige Beeinträchtigungen mittels inklusiver Kommunikation berücksichtigt wird. Zudem empfehlen wir, dass Personen und Organisationen (Streetworker, Nachbarschaftskräfte, Sozialarbeiterinnen und -arbeiter, die Zivilgesellschaft) an der Übermittlung dieser Kommunikation beteiligt werden.	73,2 %
	8.2 Um die <u>Erwerbsbevölkerung</u> zu erreichen, empfehlen wir, mehr in die Nutzung bestehender Kommunikationskanäle zu investieren, um regelmäßig angemessene Informationen über die EU bereitzustellen, z. B. durch erläuternde Programme. Ferner empfehlen wir, Botschafterinnen und Botschafter (sowohl Einzelpersonen als auch Organisationen) zu engagieren, die für das EU-Projekt werben.	83,7 %
	8.3 Um <u>junge Menschen und Studierende</u> zu erreichen, empfehlen wir, zusätzlich zu den bestehenden Kanälen wie Bildungswesen und einschlägige Jugendbewegungen Botschafterinnen und Botschafter einzusetzen, mit besonderem Augenmerk auf Influencerinnen und Influencer, die junge Menschen über soziale Medien erreichen können. Eine weitere Empfehlung wäre die Durchführung eines europaweiten Wettbewerbs, um eine Comicfigur zu schaffen, die jungen Menschen gefällt und ihnen europäische Botschaften vermittelt.	69,8 %

	<p>8.4 Für <u>ältere Menschen</u> empfehlen wir, die gleichen Kanäle zu nutzen, wie sie für die Erwerbsbevölkerung vorgeschlagen werden. Darüber hinaus empfehlen wir, ein angemessenes Gleichgewicht zwischen digitaler und nicht digitaler Kommunikation (Druckmedien, Radio, Präsenzveranstaltungen) zu finden, um den Bedürfnissen aller gerecht zu werden, einschließlich derer, die sich in einem digitalen Umfeld weniger gut zurechtfinden oder in der Gesellschaft weniger mobil sind.</p>	<p>85,7 %</p>
	<p>8.5 Wir empfehlen, dass sich die EU über die in vielen Mitgliedstaaten bereits bestehenden Integrationskurse für die Einbeziehung der „<u>neuen Europäerinnen und Europäer</u>“ (Personen, die aufgrund eines abgeschlossenen Verfahrens für die legale Einwanderung in der EU ansässig sind) einsetzt und diese auf die anderen traditionellen Kommunikationskanäle der EU aufmerksam macht. Außerdem empfehlen wir, dass lokalen Vereinigungen eine wichtige Rolle zugewiesen wird.</p>	<p>76,7 %</p>
	<p>8.6 Ferner empfehlen wir, dass die EU mit inklusiver Kommunikation auf der Straße Präsenz zeigt. So könnten beispielsweise (digitale) Plakattafeln sowie traditionelle oder neue Kommunikationsmittel wie QR-Codes verwendet werden.</p>	<p>62,8 %</p>
	<p>8.7 Wir empfehlen zudem, die visuelle Darstellung der EU (mit Kurzfilmen oder Infografiken) auszubauen, eine europäische Sportbewegung zur Schaffung eines Gefühls der Verbundenheit/Zugehörigkeit zu gründen und die europäische Hymne besser bekannt zu machen.</p>	<p>68,2 %</p>

## 2. Desinformation

Problemstellungen	Empfehlungen	Zustimmung (in %)
1. In den Medien besteht zunehmend die Gefahr der Verbreitung von Desinformation.	1.1 Wir empfehlen eine Überarbeitung des Medienfinanzierungsmodells und die obligatorische Veröffentlichung der Einnahmequellen in klarer und leicht zugänglicher Form. Aufgrund ihres Finanzierungsmodells werden Medien in den Sensationsjournalismus gedrängt, was zur Veröffentlichung von Informationen führt, die aus dem Kontext gerissen und dadurch zu Desinformation umgewandelt werden.	73,8 %
	1.2 Wir empfehlen, Medienunternehmen dazu zu verpflichten, ihre Quellen anzugeben und Links für deren Überprüfung bereitzustellen. Ist dies nicht der Fall, sollten die betreffenden Informationen als nicht überprüft gekennzeichnet werden.	90,2 %
	1.3 Wir empfehlen, dass die für die Bekämpfung von Desinformation zuständige europäische Regulierungsstelle (siehe Punkt 2) auch für die Akkreditierung von mit der Faktenprüfung ("Fact-checking") befassten Organisationen zuständig sein sollte.	85,4 %
	1.4 Wir empfehlen, dass in jedem Mitgliedstaat eine unabhängige Behörde zur Überwachung der Medienneutralität eingerichtet wird. Diese Behörden sollten von der Europäischen Union finanziert und kontrolliert werden.	75,6 %
	1.5 Wir empfehlen die Verbreitung von Informationen über die URL-Adressen der offiziellen Websites der EU, um den Bürgerinnen und Bürgern Gewissheit zu verschaffen, dass sie ihre Informationen auf diesen offiziellen Quellen beziehen.	90,2 %



2. Viele Bürger zweifeln an der Neutralität der Medien.	2.1 Wir empfehlen die Einrichtung einer europäischen Regulierungsstelle, die für die Bekämpfung von Desinformation zuständig ist. Dieser Regulierungsstelle hätte die Aufgabe, die Kriterien für ein „Neutralitätssiegel“ festzulegen und erforderlichenfalls ein System von Sanktionen oder Anreizen im Zusammenhang mit der Einhaltung der Neutralitätsstandards vorzusehen. Alternativ dazu könnte die Einhaltung eines Ethikkodex in Betracht gezogen werden. Das Neutralitätssiegel würde von der unabhängigen nationalen Behörde verliehen werden und den Maßnahmen der Medien zur Bekämpfung von Desinformation Rechnung tragen.	87,5 %
	2.2 Wir empfehlen die Einrichtung einer europäischen „Hotline“, über die die Bürgerinnen und Bürger Desinformation betreffend die politischen und wirtschaftlichen Zuständigkeiten Europas melden können.	82,1 %
3. Die Bürger sind sich der Gefahren von Desinformation, denen sie ausgesetzt sind, nicht bewusst.	3.1 Wir empfehlen, dass Plattformen verpflichtet werden, klare und verständliche Informationen über die Gefahren von Desinformation, denen ihre Nutzerinnen und Nutzer ausgesetzt sind, zu veröffentlichen. Diese Informationen sollten automatisch übermittelt werden, sobald ein Konto eröffnet wird.	85,7 %
	3.2 Wir empfehlen eine verpflichtende Schulung zur Mediennutzung ab einem frühen Alter, die an die verschiedenen Ebenen des Bildungssystems angepasst ist.	74,4 %
	3.3 Wir empfehlen der Europäischen Union, wiederholt Kampagnen gegen Desinformation durchzuführen. Zur Wiedererkennung dieser Kampagnen könnte ein Logo oder ein Maskottchen verwendet werden. Die EU könnte soziale Netzwerke dazu verpflichten, ein solches durch Schaltung von Werbung bekannt zu machen.	87,5 %

4. Die Mittel zur Bekämpfung von Desinformation sind unzureichend.	4.1 Wir empfehlen, klare und leicht verständliche Informationen über die Algorithmen zu veröffentlichen, die die von den Nutzerinnen und Nutzern von Social-Media-Plattformen empfangenen Nachrichten steuern.	83,3 %
	4.2 Wir empfehlen, dass Nutzerinnen und Nutzer die Möglichkeit haben sollten, Algorithmen, mit denen Verhaltensverzerrungen verstärkt werden, leicht zu deaktivieren. Zudem könnte die Verpflichtung geprüft werden, den Nutzerinnen und Nutzern Zugang zu anderen Quellen mit unterschiedlichen Ansichten zum selben Thema zu ermöglichen.	80,0 %
	4.3 Wir empfehlen der Europäische Union, die Einrichtung einer Social-Media-Plattform zu unterstützen, die den Standards der EU in Bezug auf Neutralität und Bekämpfung von Desinformation entspricht. Alternativ dazu könnten bei der mehrsprachigen digitalen Plattform, die zur Unterstützung der Konferenz zur Zukunft Europas eingerichtet wurde, neue Funktionen hinzugefügt werden.	56,4 %

### 3. Bürgerforen

Problemstellungen	Empfehlungen	Zustimmung (in %)
<p>1. Es ist schwierig, die Repräsentativität von Bürgerforen sicherzustellen. Letztlich ist wird nur ein kleiner Teil der Bevölkerung einbezogen.</p>	<p>1.1 Wir empfehlen, zur Gewährleistung der bestmögliche Repräsentativität den Empfehlungen in den jüngsten wissenschaftlichen Arbeiten zur deliberativen Demokratie in Bezug auf Stichproben, Konzeption und wissenschaftliche Validierung der Auswahlmethode zu folgen.</p>	89,7 %
	<p>1.2 Wir empfehlen, dass genügend Personen teilnehmen sollten, um eine Vielfalt von Ansichten und Profilen sicherzustellen, insbesondere – aber nicht nur – Personen, die direkt vom Thema betroffen sind.</p>	90,2 %
	<p>1.3 Wir empfehlen, zusätzlich zu den eher herkömmlichen Kriterien wie Geschlecht, Alter, Wohnort oder Bildungsniveau das Kriterium der Elternschaft (d. h., ob die Person Kinder hat oder nicht) in die Auswahlkriterien aufzunehmen.</p>	<b>33,3 %</b>
	<p>1.4 Wir empfehlen, Quoten nach geografischen Gebieten festzulegen, d. h. zu bestimmen, dass ein europäisches Bürgerforum aus x Personen pro (noch festzulegendem) europäischen geografischen Gebiet bestehen muss, damit dieses Forum als wirklich europäisch gelten und mit Legitimität versehen beraten kann.</p>	73,2 %
	<p>1.5 Wir empfehlen, Melderegister (oder entsprechende Register, je nach Land) als wichtigste Datenbank für die Auswahl zu nutzen, um allen die gleiche Chance auf Auswahl zu geben und bei der Bevölkerung Interesse an einem Thema zu wecken.</p>	70,0 %
	<p>1.6 Wir empfehlen, dass die Teilnehmenden eine Aufwandsentschädigung erhalten, um ihr Engagement zu würdigen und Personen zu gewinnen, die ohne diese Entschädigung nicht teilnehmen würden.</p>	87,5 %

	1.7 Wir empfehlen, die Teilnehmenden vorab durch Expertenvorträge zu informieren – in eher geringem Umfang ohne zu viele oder zu komplizierte Informationen –, um sicherzustellen, dass sich auch diejenigen unter ihnen, die keine Vorkenntnisse haben, gerne an den Diskussionen beteiligen.	82,9 %
	1.7.2. Wir empfehlen, das Thema des Bürgerforums im Voraus mitzuteilen, damit Personen ihre Teilnahme nicht in Unkenntnis des zur erörternden Themas entscheiden.	78,6 %
	1.8 Wir empfehlen, dass Bürgerinnen und Bürger nicht zur Teilnahme verpflichtet werden sollten.	97,6 %
2. Es ist schwierig, Foren auf europäischer Ebene zu organisieren.	2.1 Wir empfehlen, die Sitzungen der europäischen Bürgerforen als Hybrid-Sitzungen (Präsenz/virtuell) abzuhalten. Dies würde auch die Teilnahme von immobilen Personen ermöglichen.	70,0 %
	2.2 Wir empfehlen der EU, die Organisation von Bürgerforen zu europäischen Themen im Interesse eines leichteren Zugangs und einer besseren Organisation auf die nationale Ebene zu übertragen.	69,0 %
	2.3 Wir empfehlen, für jedes auf europäischer Ebene organisiertes Forum ein einziges Thema auszuwählen. Dadurch können alle Teilnehmenden dasselbe Thema erörtern, unabhängig davon, woher aus Europa sie kommen.	80,5 %
3. Es muss vermieden werden, dass die Bürgerforen anderen als den angegebenen Zwecken dienen.	3.1 Wir empfehlen, dass alle Bürgerinnen und Bürger ein Thema zur Diskussion stellen können und dass dieses Recht daher nicht nur Politikerinnen und Politikern oder Lobbyistinnen und Lobbyisten vorbehalten sein darf.	82,1 %
	3.2 Wir empfehlen, dass das Initiativrecht beim Europäischen Parlament liegen soll, damit es das zu erörternde Thema festlegt und anschließend die Texte annimmt, die für die Folgemaßnahmen zu den sich aus den Beratungen ergebenden Empfehlungen erforderlich sind.	63,4 %

4. Es ist schwierig, zu entscheiden, wie der Prozess am besten organisiert werden kann, damit die Bürgerinnen und Bürger bestmöglich vertreten werden.	4.1.1 <i>Wir empfehlen die Einrichtung eines oder mehrerer ständiger europäischer Bürgerforen, die neben dem Parlament spezifische Aufgaben wahrnehmen würden. Die Zusammensetzung des Forum/der Foren würde regelmäßig erneuert werden. Dadurch wäre es möglich, die Bürgerinnen und Bürger langfristig zusammenzubringen und sich die Zeit zu nehmen, die für die Durchführung solcher Debatten erforderlich ist. Diese Zeit ermöglicht eine nuancierte Debatte und Konsensbildung. Zusätzlich zu diesem ständigen Forum würden Ad-hoc-Bürgerforen Themen erörtern, die von dem ständigen Forum ausgewählt wurden. Wir schlagen vor, dem entsprechenden Modell in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens zu folgen.</i>	54,8 %
	4.1.2 <i>Wir empfehlen die Einrichtung eines oder mehrerer nichtständiger europäischer Bürgerforen, die nur zusammentreten, um über einen bestimmten Zeitraum ein spezifisches Thema zu erörtern.</i>	58,5 %
	4.2 <i>Wir empfehlen, dass keine europäischen Bürgerforen zu dringenden Fragen organisiert werden, da ausreichend Zeit notwendig ist, um die Qualität der Debatten gewährleisten zu können.</i>	63,4 %
5. Allzu oft erhalten Bürgerinnen und Bürger, die an Initiativen der partizipativen Demokratie wie Bürgerforen teilnehmen, weder kurz- noch langfristig Rückmeldung über Folgemaßnahmen zu ihrer Arbeit.	5.1 <i>Wir empfehlen, den Bürgerinnen und Bürgern Rückmeldung über die Folgemaßnahmen zu den Empfehlungen der europäischen Bürgerforen (oder über deren Fehlen) zu geben. Wenn es keine Folgemaßnahmen zu den Empfehlungen gab, sollten die betreffenden europäischen Organe ihre Entscheidung begründen (z. B. fehlende Zuständigkeit). Zu diesem Zweck empfehlen wir, dass während des gesamten Prozesses im Anschluss an ein Forum regelmäßig zusammenfassende Berichte erstellt werden.</i>	97,5 %
	6.1 <i>Wir empfehlen, dass Bürgerforen für junge Menschen, auch mit Kindern, organisiert werden, um sie ab einem frühen Alter (z. B. zwischen 10 und 16 Jahren) für Partizipation und Debatte zu sensibilisieren. Dies kann an Schulen durchgeführt werden.</i>	59,5 %

#### 4. Referenden

Problemstellungen	Empfehlungen	Zustimmung (in %)
	0.1 Wir empfehlen, dass es möglich sein sollte, Referenden zu europäischen Themen auf europäischer Ebene zu organisieren.	73,3 %
1. Die Grundhaltung zu Referenden ist von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat sehr unterschiedlich.	1.1 Wir empfehlen, Forschungsarbeiten zur Frage in Auftrag zu geben, wie eine gemeinsame Grundhaltung zu Referenden in Europa geschaffen werden kann.	70,7 %
	1.2 Wir empfehlen, dass ein unabhängiges Gremium prüft, ob es angemessen ist, zu einem bestimmten Thema ein europäisches Referendum abzuhalten.	77,5 %
2. Der Wortlaut der in einem Referendum gestellten Frage kann negative Auswirkungen haben, ebenso der Umstand, dass nur mit „Ja“ oder „Nein“ geantwortet werden kann, was häufig zu einer Polarisierung der Debatten und der Gesellschaft führt. Die Auswahl des Themas ist ebenfalls sensibel.	2.1 Wir empfehlen die Einrichtung eines wissenschaftlichen Ausschusses, der darüber nachdenken soll, wie die Fragen, die Gegenstand eines europäischen Referendums wären, so neutral wie möglich gestellt werden können.	87,2 %
	2.2 Wir empfehlen, zur Nuancierung Multiple-Choice-Fragen zu stellen, die über die einfache Alternative „Ja“ oder „Nein“ hinausgehen, und sogar das „Ja“ und das „Nein“ an Bedingungen zu knüpfen (d. h. „ja, wenn...“, „nein, wenn ...“).	65,0 %
	2.3 Wir empfehlen, bei der Berechnung einer einfachen oder absoluten Mehrheit leere Stimmzettel nicht zu berücksichtigen. Dennoch müssen genügend Stimmen abgegeben werden (das Quorum muss erreicht werden).	75,0 %
	2.4.1 Wir empfehlen, dass eine Frage, die in einem europäischen Referendum gestellt wird, sich auf jedes Thema beziehen kann, das in die Zuständigkeit der Europäischen Union fällt.	87,5 %
	2.4.2 Wir empfehlen den Ausschluss von Themen, die zu Auseinandersetzungen zwischen den Mitgliedstaaten führen könnten.	<b>39,0 %</b>

	2.5 Wir empfehlen, dass auch klar formulierte fachliche und schwierige Fragen gestellt werden können, weil die Menschen in der Lage sind, sich ausreichend zu informieren.	77,5 %
3. Referenden sind kein demokratisches Instrument, wenn nur die Politik über ihre Abhaltung entscheiden kann.	3.1 Wir empfehlen, dass das Europäische Parlament das Initiativrecht zur Durchführung eines europäischen Referendums innehat und dass es anschließend in der Lage sein sollte, das Ergebnis umzusetzen (die Europäische Kommission und der Rat sollten der Initiative ohne Blockaderecht folgen).	67,5 %
	3.2 Wir empfehlen, dass die Initiative zur Durchführung eines Referendums auch von den Bürgerinnen und Bürgern selbst ausgehen kann (z. B. nach ähnlichen Regeln wie für die Europäischen Bürgerinitiative).	77,5 %
	3.3 Wir empfehlen, dass für die praktische Organisation eines europäischen Referendums ein neutrales Gremium zuständig sein sollte.	75,0 %
4. Es muss eindeutig festgelegt werden, ob das Ergebnis eines Referendums verbindlich oder unverbindlich ist.	4.1.1 Wir empfehlen, dass das Ergebnis eines europäischen Referendums nur dann verbindlich sein sollte, wenn bestimmte Bedingungen hinsichtlich der Beteiligungsquote erfüllt sind.	92,7 %
	4.1.2 Wir empfehlen, dass die Ergebnisse eines Referendums nur dann verbindlich sein sollten, wenn eine bestimmte Mehrheit erreicht wird (51/49, 70/30). Diese Bedingung sollte vor jedem Referendum festgelegt werden.	72,5 %
	4.2 Wir empfehlen, dass das Ergebnis eines europäischen Referendums verbindlich sein sollte, wenn die Initiative zu seiner Durchführung von den Bürgerinnen und Bürgern ausging (die zu diesem Zweck eine bestimmte Anzahl von Unterschriften sammeln konnten), jedoch unverbindlich, wenn die Initiative von einer politischen Institution eingeleitet wurde.	<b>47,5 %</b>
	4.3 Wir empfehlen, dass das Ergebnis eines europäischen Referendums nur bei bestimmten Themen verbindlich ist, nicht aber bei Themen, bei denen das Ergebnis sehr schwerwiegende Folgen haben könnte.	<b>40,0 %</b>

5. Die Bürgerinnen und Bürger sind oft schlecht informiert, bevor sie zur Stimmabgabe bei einem Referendum aufgefordert werden. Daher ist es wichtig, die bereitgestellten Informationen zu kontrollieren, um negative (interne oder ausländische) Einflüsse auf das Stimmverhalten zu vermeiden.	5.1 Wir empfehlen, die Bevölkerung im Vorfeld eines europäischen Referendums durch Broschüren (wie in der Schweiz) und/oder durch Informationsveranstaltungen klar über die Auswirkungen des Abstimmungsergebnisses auf ihr tägliches Leben zu informieren.	97,5 %
	5.2 Wir empfehlen, bei jedem europäischen Referendum einen wissenschaftlichen Ausschuss einzurichten, um die Neutralität der bereitgestellten Informationen zu gewährleisten.	87,2 %
6. Obgleich bei einem Referendum die gesamte Bevölkerung zur direkten Stimmabgabe aufgefordert wird (im Gegensatz zu einem Bürgerforum), gibt es immer einen gewissen Anteil an Personen, die nicht abstimmen.	<i>6.1.1 Wir empfehlen, dass die Teilnahme an einem europäischen Referendum verpflichtend sein sollte.</i>	<b>43,6 %</b>
	<i>6.1.2 Wir empfehlen, dass die Teilnahme an einem europäischen Referendum freiwillig sein sollte.</i>	52,5 %
	6.2 Um die Zahl der Personen, die nicht abstimmen, zu verringern, empfehlen wir, zusätzlich zu der Abstimmung per Stimmzettel (oder sogar zusätzlich zu anderen Formen der Stimmabgabe wie der Briefabstimmung) die elektronische Stimmabgabe zuzulassen. Die elektronische Stimmabgabe ist besonders interessant für Urlauberinnen und Urlauber und motiviert auch Menschen mit geringerem Interesse zur Stimmabgabe, weil sie sich nicht an den Abstimmungsort begeben müssen.	90,0 %
7. Allzu oft erhalten Bürgerinnen und Bürger, die an Initiativen der partizipativen Demokratie wie Referenden teilnehmen, weder kurz- noch langfristig Rückmeldung über die Folgemaßnahmen zu ihrer Entscheidung.	7.1 Wir empfehlen, den Bürgerinnen und Bürgern Rückmeldung über die Folgemaßnahmen zu ihrer Entscheidung bei einem europäischen Referendum (oder über deren Fehlen) zu geben.	92,5 %



## 5. Bestehende Instrumente

### 5.1 Wahlen

Problemstellungen	Empfehlungen	Zustimmung (in %)
1. Es gibt unterschiedliche Vorschriften in den verschiedenen Mitgliedstaaten.	1.1 <i>Wir schlagen vor, die Wahlpflicht für die Wahlen zum Europäischen Parlament vorzusehen, jedoch mit ausreichenden Informationen, damit die Bürgerinnen und Bürger die Gründe verstehen können.</i>	50,0 %
	1.2 Wir empfehlen, die Regeln für die Wahlen zum Europäischen Parlament in allen Ländern so einheitlich wie möglich zu gestalten, einschließlich in Bezug auf das Mindestalter.	87,2 %
2. Unter den MdEP mangelt es an Vielfalt in Bezug auf Kriterien wie Alter, Herkunft und Geschlecht.	2.1.1 Wir schlagen vor, dass sich unter den Mitgliedern des Europäischen Parlaments Volljährige jeder Altersgruppe und Herkunft befinden sollten.	82,1 %
	2.1.2 Wir schlagen vor, dass sich die MdEP gezielt für eine europäische Laufbahn entscheiden und nicht nur deshalb zur Wahl stellen, weil sie am Ende ihrer Laufbahn stehen.	82,5 %
	2.1.3 Wir schlagen vor, eine ausgewogene Geschlechterverteilung anzustreben, z. B. indem die Namen in den Wahllisten abwechselnd nach Geschlecht aufgeführt werden. Die EU muss diese Kriterien festlegen und sie bei der Zusammensetzung quotengerecht einhalten. Lehnen Kandidierende ihr Mandat ab, so wird dieses von der nach Vorzugsstimmen nächstbestplatzierten Person gleichen Geschlecht übernommen.	82,5 %
	2.1.4 Wir empfehlen, dass Kandidierende auf europäischen Listen ihr Mandat ausüben, wenn sie gewählt werden.	89,2 %

3. Wir können das Europäische Parlament wählen, haben aber bei der Zusammensetzung der Kommission kein Mitspracherecht.	3.1 Wir schlagen eine Vertragsänderung vor, die es der größten Fraktion im Europäischen Parlament ermöglicht, den Präsidenten der Europäischen Kommission zu ernennen.	<b>48,6 %</b>
	3.2 Wir empfehlen, die Zusammensetzung der Europäischen Kommission durch einige grundlegende Regeln transparenter zu gestalten, damit die Zusammensetzung die Stimme der Bürger widerspiegelt und die Wählerschaft erfährt, wie die Auswahl getroffen wurde.	88,9 %
4. Es mangelt an Wissen über die Kandidierenden für die Europawahlen, über ihr Programm und die Fraktion, der sie im Europäischen Parlament angehören werden.	4.1 Wir schlagen vor, dass die zur Europawahl antretenden Kandidatinnen und Kandidaten sich selbst sowie ihre Ziele und ihr Programm konkreter vor Ort und über verschiedene Kommunikationskanäle vorstellen.	84,2 %

## 5.2 Europäischer Bürgerbeauftragter

Problemstellungen	Empfehlungen	Zustimmung (in %)
1. Die nicht englischsprachigen Fassungen der Website enthalten auf den ersten beiden Seiten nur Informationen in englischer Sprache . Dies ist ein Hindernis für Bürger, die der englischen Sprache nicht mächtig sind.	1.1 Wir schlagen vor, Informationen in allen europäischen Sprachen auf die Homepage zu setzen und, falls eine Übersetzung nicht möglich ist, Nachrichten in englischer Sprache an anderer Stelle auf der Website zu veröffentlichen.	89,2 %
2. Der Bürgerbeauftragte ist weder an der Sanktion noch an dem möglichen Schadenersatz für den Beschwerdeführer beteiligt.	2.1 Wir schlagen vor, dass der Bürgerbeauftragte an der Prüfung und Umsetzung der Lösung, Sanktion oder Entschädigung beteiligt sein und eine Stimme in diesem Prozess haben sollte.	71,1 %
3. Die Bestätigung der Registrierung auf der Website kann sehr lange dauern. Sie kann bis zu 24 Stunden in Anspruch nehmen, was Interessenten zum Aufgeben verleitet.	3.1 Wir schlagen die Einrichtung eines Systems vor, das eine sofortige Bestätigung gewährleistet.	<b>47,4 %</b>
4. Wenn eine Beschwerde eingereicht wird, wird die Frage gestellt, ob alle möglichen Verfahren erschöpft sind. Die Bürgerinnen und Bürger kennen nicht alle Verfahrenswege und können diese Frage nicht beantworten.	4.1 Wir schlagen vor, einen Link zu einer einfachen Darstellung oder Erläuterung der anderen Verfahren aufzunehmen.	89,5 %
5. Die Website des Bürgerbeauftragten ist gut aufgebaut, wirkt von ihrem Erscheinungsbild aber nicht wie eine amtliche EU-Website, was bei den Bürgerinnen und Bürgern Fragen aufwirft (bin ich am richtigen Ort, ist diese Website glaubwürdig?).	5.1 Wir schlagen vor, die grafische Gestaltung der Website zu überarbeiten und stärker an die bei der EU üblichen anzulehnen. Ein erster Tipp wäre, die Europaflagge oben auf die Seite zu setzen. Beim ersten „Klick“ muss klar sein, dass man sich auf der Website des Bürgerbeauftragten befindet.	78,4 %

### 5.3 Öffentliche Konsultation

Problemstellungen	Empfehlungen	Zustimmung (in %)
1. Die Website „Konsultationen“ wurde geändert, und Interessenten werden zuerst auf eine veraltete Website verwiesen. Es muss eine Suche durchgeführt werden, um die URL der neuen Website zu finden.	1.1 Wir schlagen vor, die alte Website zu löschen und die neue Website als erstes Suchergebnis aufzuzeigen.	81,6 %
2. Der Fahrplan (Englisch) und die Ratschläge (Sprache der „Bürgerredakteurin“ bzw. des „Bürgerredakteurs“) für eine Konsultation werden nicht in die Sprache der sie lesenden Person übersetzt.	2.1 Wir empfehlen nachdrücklich, dass der Fahrplan in die jeweilige Sprache der Bürgerin bzw. des Bürgers übersetzt wird. Ein nur in englischer Sprache verfügbarer Fahrplan hindert jede dieser Sprache nicht mächtigen Person an der Teilnahme.	81,6 %
	2.2 Wir schlagen vor, jede einzelnen Beitrag mit einem Tab oder Icon „Automatische Übersetzung“ zu versehen, die mit einer quelloffenen Übersetzungsmaschine wie Google Translate oder „DeepL“ verknüpft ist.	65,8 %
3. Nur Abonnentinnen und Abonnenten erhalten Informationen über das Follow-up des Verfahrens.	3.1 Wir schlagen vor, das Follow-up des Verfahrens automatisch an jede Person zu senden, die sich eingebracht hat, mit der Möglichkeit, sich abzumelden.	89,5 %
4. Wir wissen nicht, ob die Zahl der in eine Richtung gehenden Meinungen Einfluss auf die Kommission hat oder ob diese als eine Meinung (gewichtet oder nicht) wahrgenommen werden. Wenn die Zahl der in eine Richtung gehenden Meinungen kumuliert wird, sind wir besorgt darüber, dass das Gewicht der Lobbyistinnen und Lobbyisten/Aktivistinnen und Aktivisten/Großunternehmen bei der Konsultation und damit	4.1 Wir empfehlen, auf der Website klare Informationen zu diesem Thema bereitzustellen.	81,6 %
	4.2 Wenn die Zahl der in eine Richtung gehenden Meinungen Einfluss hat, empfehlen wir die Einrichtung eines Systems, mit dem Lobbyistinnen und Lobbyisten, Aktivistinnen und Aktivisten oder große Unternehmen ausgesondert werden, damit ihnen kein unangemessenes Gewicht beigemessen wird.	60,5 %

der von der EU ergriffenen Maßnahmen gegenüber der Stimme der Bürgerinnen und Bürger/NRO überwiegt.	4.3 Wir empfehlen die Entwicklung einer Software der künstlichen Intelligenz, die die unterschiedlichen Meinungen klassifiziert und die ablehnenden oder befürwortenden Meinungen zählt.	47,4 %
	4.4 Wir schlagen vor, Treffen zwischen Bürgern und (Aktivisten-)Verbänden zu organisieren: Orte, an denen Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung äußern können, in Form von „Europahäusern“, die dazu beitragen können, die Ansichten der Bürgerinnen und Bürger auf europäischer Ebene zu verbreiten. Solche Europahäuser sollten an verschiedenen Orten und auf lokaler Ebene bestehen.	62,2 %
5. Das Formular für die Beiträge ist unklar: Es gibt sowohl eine offene Frage als auch einen Fragebogen. Welche Rolle hat jedes Dokument? Was muss ergänzt werden?	5.1. Diese Informationen sollten auf der Website verfügbar sein.	81,6 %
6. Für die Instrumente gibt es zu viele Zuständigkeitsebenen.	6.1 Wir schlagen die Einrichtung einer Leitstelle vor, die Anfragen an die zuständige Befugnisebene weiterleitet.	78,9 %

#### 5.4 Europäische Bürgerinitiative

Fragen	Problemstellungen	Zustimmung (in %)
1. Bürgerinnen und Bürger ohne Internet sind schwieriger zu erreichen.	1.1 Wir schlagen vor, dass lokale Behörden oder Bibliotheken, die unabhängig von der Regierung sind, an der Verbreitung von Initiativen und der Sammlung von Unterschriften, sowohl von elektronischen Unterschriften als auch auf Papier, beteiligt werden könnten. Die EU sollte ein Verzeichnis dieses Netzes pro Land erstellen und es den Bürgerinnen und Bürgern, die eine Europäische Bürgerinitiative starten, zur Verfügung stellen.	71,1 %
2. Die Zahl der teilnehmenden Länder ist zu gering, um eine ausreichende Unterstützung zu generieren.	2.1 Wir schlagen vor, die Zahl der Länder, aus denen Unterschriften gesammelt werden, auf 13 zu erhöhen, um eine breitere Unterstützung für den Vorschlag zu erreichen. Die Zahl der Unterschriften sollte im Verhältnis zur Einwohnerzahl stehen.	64,9 %
3. Kosten und Aufwand für die Sammlung der Unterschriften sind hoch.	3.1 Wir schlagen vor, diese Initiativen mit EU-Mitteln zu unterstützen.	71,1 %
	3.2 Wir schlagen die Einrichtung eines Gremiums vor, das die Koordinierung zwischen den Ländern erleichtern soll.	75,7 %
4. Das Verfahren ist für die Bürgerinnen und Bürger unübersichtlich.	4.1 Wir schlagen die Einrichtung eines Helpdesks vor, um die Bürgerinnen und Bürger beim Abschluss der Verfahren zu unterstützen.	83,8 %
5. Es ist unklar, zu welchem Ergebnis eine Bürgerinitiative führt.	5.1 Wir schlagen vor, dass die Europäische Kommission verpflichtet sein sollte, das Follow-up des Vorschlag zu erörtern und daran zu arbeiten und nicht nur zu antworten und den Eingang zu bestätigen. Beschließt die Kommission, dem Vorschlag nicht Folge zu leisten, muss sie dies begründen.	100,0 %
	5.2 Wir schlagen vor, nach Eingang einer Bürgerinitiative eine Bürgerkonsultation zu organisieren, um die Meinung der Bürgerinnen und Bürger dazu einzuholen, bevor die Kommission mit ihrem Follow-up beginnt. Dadurch würde vermieden, dass nur extreme Meinungen oder Abstimmungen Gehör bekommen, und es würde auch die Meinung von Menschen einbezogen, die die Europäische Bürgerinitiative nicht unterzeichnet haben. Wenn alle Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung äußern, wird der Vorschlag zudem auf EU-Ebene und bei seinen Follow-up mehr Gewicht haben.	55,3 %

## 5.5 Petitionsrecht

Problemstellungen	Empfehlungen	Zustimmung (in %)
1. Die Europäische Kommission trifft die endgültige Entscheidung, keine Gewissheit über das Ergebnis.	1.1 Wir schlagen vor, dass die Kommission der Empfehlung des Europäischen Parlaments Folge leistet.	81,1 %
2. Es mangelt an Transparenz in Bezug auf das Verfahren und die Begründung der Entscheidung.	2.1 Wir schlagen vor, die Person, die die Petition einreicht, regelmäßig über den Fortgang und die Entscheidungen auf dem Laufenden zu halten. Endgültige Entscheidungen sollten begründet werden.	94,4 %
3. Für die Bürgerinnen und Bürger ist es schwierig, die Notwendigkeit neuer Rechtsvorschriften deutlich zu machen.	3.1 Unsere Empfehlung lautet, dass eine Petition auch als Instrument genutzt werden sollte, um die Notwendigkeit neuer Rechtsvorschriften aufzuzeigen.	78,4 %